

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.08.2006 und stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, diesen Antrag in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu verweisen. Die Verwaltung werde die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung über die Thematik „Übertragung der Aufgaben der Versorgungsämter auf die Kreise und kreisfreien Städte“ informieren; Details zu den geplanten Änderungen seien der Verwaltung allerdings noch nicht bekannt. Evtl. werde zu einem späteren Zeitpunkt auch der Personalausschuss mit dieser Thematik befasst.